

Zerrbild oder reale Bedrohung - Wie gefährlich ist der politische Islam für Europa?

Zusammenfassung eines Vortrags von Marcel Pott, Journalist und Autor

Moderation:

Gudrun Harrer, Journalistin, „Der Standard“

1. Dezember 1999

Die politische Bewegung des Islamismus, die sich in den arabisch-islamischen Ländern immer mehr auf dem Vormarsch befindet, ist ein Thema, das - wie der Islam insgesamt - durch Klischees und Vorurteile belastet sei. Umso wichtiger sei eine differenzierte Auseinandersetzung. Pott bezeichnete die Islamisten als autoritär orientierte Sozialreformer, deren Ziel die Schaffung einer theokratischen Ordnung auf Erden und die Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Massen ist. All jene Länder, in denen sich der Islamismus auf dem Vormarsch befindet, zeichnen sich durch desolate wirtschaftliche und soziale Verhältnisse aus. In ihnen herrschen Oligarchien, die sich auf Kosten der Massen bereichern. Es seien, so der Journalist, diese Bedingungen, die die Islamisten auch weit außerhalb der unterprivilegierten Massen populär gemacht haben. Auf Basis der Scharia, die von den islamischen Rechtsgelehrten in den drei Jahrhunderten nach dem Tod des Propheten Mohammed entwickelt wurde und die eine Art Interpretationsmonopol der erklärungsbedürftigen Passagen des Koran darstellt, streben die Islamisten nach Durchsetzung ihres autoritären Staatsmodells. Ihre Justiz orientiert sich ausschließlich an der orthodoxen Auslegung der Scharia.

„Die Vertreter des Islamismus“, erläuterte Pott, „verstehen sich durchwegs als Reformer und leben in der Überzeugung, ihre Bewegung führe zum wahren Islam zurück. Viele arabische Führer haben sich ihrer bedient, um arabische Nationalisten und arabische Linkssozialisten zu bekämpfen.“

Die Islamisten moderner Prägung beschrieb Pott als sehr aktive Gruppen, die sich modernster Technologie bedienen und weltweit vernetzt und organisiert sind. Als ein Beispiel für "Steinzeitislamismus" bezeichnete Pott Saudiarabien, ein Land, das von einer Familie regiert wird, die sich mit der im 18. Jahrhundert begründeten islamischen Sekte der Wahabiten zusammengetan hat und in dem es eine Religionspolizei, die Mutawah, gibt. In ihrer "engherzigen und engstirnigen Fehlinterpretation des Islam" können die Wahabiten, so Pott weiter, auch als die Lehrer der Taliban gelten.

Eine besonders bedeutsame Entwicklung ortet Marcel Pott im Iran. 20 Jahre nach der iranischen Revolution habe man es dort mit dem Versuch zu tun, den Islam von oben zu

reformieren. Präsident Khatami sei der Überzeugung, dass der Islam mit demokratischen Werten wie Presse-, Meinungsfreiheit und Rechtsicherheit versöhnt werden könne. Dies sei der erste Versuch, "in der modernen Geschichte des Islam, eine Ordnung von oben nach unten neu zu denken und in der Praxis umzusetzen."

Die oft zitierte "islamische Gefahr", beruhigt der Islam-Kenner, bestünde für Europa nicht. In erster Linie bekämpften die Muslime einander. Allerdings forderte Pott vom Westen eine differenzierte Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen des Islamismus, um Abkapselungstendenzen und dem alten Misstrauen gegen ehemalige Kolonialmächte entgegenzutreten. Pott ging auf den Krisenherd Palästina als vom Westen in die Region importiertes Problem ein und erläuterte in der anschließenden Diskussion, wie wesentlich es sei, radikalen - sprich Rassenhass und Intoleranz predigenden – islamischen Bewegungen auf europäischem Boden entgegenzutreten. Sein Ratschlag an die Politik: Stärker mit hiesigen islamischen Einrichtungen zu kooperieren, um das System des "Euro-Islam" - der Versöhnung von Islam und demokratischem Gedankengut - zu Ungunsten radikaler Strömungen fest zu verankern.